

öffentlich

Einreicher	Drucksachen-Nr.
Ältestenrat	AN/402/2017

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Ältestenrat	22.02.2017	Vorberatung
Kreisausschuss Prignitz	23.02.2017	Vorberatung
Kreistag Prignitz	09.03.2017	Entscheidung

Betreff:**Beschluss der Kreistage Prignitz und Ostprignitz-Ruppin zur geplanten Verwaltungsstrukturreform 2019 im Land Brandenburg****Beschlussvorschlag:**

1. Die Kreistage Prignitz und Ostprignitz-Ruppin lehnen den vom Ministerium des Innern und für Kommunales vorgelegten Referentenentwurf des Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze ab. Der Referentenentwurf verfehlt die mit den Reformbestrebungen durch das Land gesteckten Ziele, bürgernahe, effektive und zukunftsfeste Verwaltungsstrukturen zu schaffen. Die alleinige Vergrößerung der Kreisgebiete ist kein geeignetes und verhältnismäßiges Instrument, um den Herausforderungen des demografischen Wandels für eine effiziente, am Bürger- und Gemeinschaftswohl orientierte Verwaltungsstruktur zu begegnen.
2. Die beabsichtigte Kreisgebietsreform stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar. Es besteht keine Notwendigkeit für eine Kreisgebietsreform, da das Land an seinen ursprünglichen Zielen durch einen Eingriff in die Gebietskulisse eine substantielle Funktionalreform zu ermöglichen, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und Einsparpotentiale zu erschließen, offensichtlich nicht mehr festhält.
3. Der Nachweis der Erforderlichkeit einer Kreisgebietsreform im Sinne einer Fusionsrendite wird nicht geführt. In dem Referentenentwurf fehlen eine Defizitanalyse der bisherigen kreislichen Strukturen und eine Gegenüberstellung validierter Prognosen für die Landkreise mit und ohne Kreisgebietsreform. Darüber hinaus lässt der Referentenentwurf eine angemessene Betrachtung des Flächenfaktors bei der Beurteilung der Effizienz einer Verwaltung vermissen, wenn in Flächenlandkreisen mit niedriger Einwohnerzahl ausschließlich auf Pro-Kopf-Kosten abgestellt wird. Es fehlt an einer ernsthaften Prüfung von Alternativen zu einer Kreisgebietsreform.
4. Wir fordern, unabhängig von einer Kreisgebietsreform, eine substantielle Übertragung von Aufgaben des Landes an die Landkreise im Wege einer umfassenden Funktionalreform, mit der die kommunale Selbstverwaltung nachhaltig gestärkt wird.

5. Wir begrüßen und unterstützen die Absicht des Landtages, unabhängig von den derzeitigen Reformplänen, im Entschließungsantrag vom 12.07.2016, eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes herbeizuführen. Ziel muss die Aufwertung der Fläche und die stärkere Berücksichtigung der Soziallasten sein.

Die Landräte und die Vorsitzenden der Kreistage Prignitz und Ostprignitz-Ruppin werden beauftragt, die Präsidentin des Landtages Brandenburg und die Fraktionsvorsitzenden der im Landtag Brandenburg vertretenen Parteien über diesen Beschluss schriftlich zu informieren.

Begründung/Problembeschreibung:

Der Kreistag des Landkreises Prignitz hat sich zur Verwaltungsstrukturreform durch folgende Beschlüsse positioniert:

- Mit dem Kreistagsbeschluss vom 12.03.2015 sind die Grundpositionen zur Funktional-/Kreisgebietsreform beschlossen worden.
- Mit dem Kreistagsbeschluss vom 10.09.2015 zur Verwaltungsstrukturreform hat der Kreistag eine umfassende Funktionalreform als Grundlage für eine Kreisgebietsreform gefordert.
- Mit dem Kreistagsbeschluss vom 10.12.2015 wurde der Landtag aufgefordert, die Verwaltungsstrukturreform auszusetzen.
- Der Kreistag hat mit Beschluss vom 30.06.2016 den Leitbildentwurf für eine Verwaltungsstrukturreform abgelehnt.
- Beschluss des Kreistages Prignitz zur geplanten Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg 2019 vom 08.12.2016

Der Kreistag des Landkreises Ostprignitz-Ruppin hat sich mehrfach mit der Verwaltungsstrukturreform befasst:

- Mit dem Beschluss vom 12.03.2015 hat sich der Kreistag u. a. für eine umfassende Funktionalreform ausgesprochen.
- Im Hinblick auf die Leitbildkonferenz des Innenministers Schröter am 01.09.2015 positionierte sich der Kreistag mit Beschluss vom 27.08.2015 (2015-0090) u. a. wie folgt:
 - a. Der gegenwärtige Umfang der Leitbildvorschläge zur Funktionalreform rechtfertigt keine Kreisneugliederung und ist auch bei einem eigenständigen Erhalt des Landkreises Ostprignitz-Ruppin leistbar.
 - b. Ein Zerschlagen oder Zerteilen von Landkreisen wird abgelehnt.
 - c. Eine Verwaltungsstrukturreform kann nur auf der Grundlage einer umfassenden und ausfinanzierten Funktionalreform auf allen drei Ebenen: Land, Landkreise und Gemeinden erfolgen. Es müssen weitere wesentliche Aufgaben an die Landkreise übertragen werden.
- Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 23.06.2016 eine ablehnende Stellungnahme zum Entwurf des Leitbildes (2016 – 0178) mit folgenden Positionen beschlossen:
 - a. Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin erfüllt in seinem jetzigen Bestand die Ziele des Leitbildes, so dass seine Einbeziehung in eine Kreisgebietsreform nicht geboten ist.
 - b. Das Leitbild lässt konkrete und belegte Aussagen zu den Vor- und Nachteilen einer Gebietsreform, insbesondere eine Betrachtung der Effizienz einer Verwaltung mit großer

Fläche und die Abwägung mit den Folgen für das ehrenamtliche und bürgerschaftlichen Engagement vermissen.

- c. Die langfristige und nachhaltige Effizienz großer Kreisgebiete mit Einwohnerzahlen von 175.000 bzw. 150.000 Einwohnern ist nicht belegt.
- d. Keine Kreisgebietsreform ohne Funktionalreform.
- e. Auskömmliche Finanzierung der Kreisgebietsreform sowie Änderung des Finanzausgleichsgesetzes hinsichtlich eines Flächenfaktors, eines Faktors für fehlende Einnahmestärke und der Berücksichtigung von Lasten durch Sozialleistungen.

Im Diskussionsprozess bis zum Beschluss des Leitbildes zur Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg sind einzelne Forderungen des Landkreistages Brandenburg und der Kreistage der Landkreise Prignitz und Ostprignitz-Ruppin berücksichtigt worden. Die mit dem Landtagsbeschluss vom 17.12.2014 geforderte umfassende Funktionalreform als wesentliches Element einer Verwaltungsstrukturreform hat kaum noch eine Bedeutung. Die finanziellen Rahmenbedingungen für den Reformprozess sind weiterhin nicht geklärt, so dass die wirtschaftlichen Folgen nicht abgeschätzt werden können.

Die Kreistage beider Landkreise halten an ihren bisher gefassten Beschlüssen ausdrücklich fest.

Rainer Pickert
Vorsitzender des Kreistages Prignitz
und Vorsitzender des Ältestenrates

Torsten Uhe
Landrat des Landkreises Prignitz

Werner Steiner
1. Stellv. Vorsitzender des Kreistages
Prignitz

Renate Klickow
2. Stellv. Vorsitzende des Kreistages
Prignitz

Andreas Giske
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Hartmut Lossin
Vorsitzender der Fraktion Kreisbauernverband

Harald Pohle
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Falko Krassowski
Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler Pro
Prignitz/FDP

Bernd Polte
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE